

Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 25. August 2016 im Hotel Arte in Olten 19.40 – 21.40 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 109, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 55

Gäste: 11

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid
Kantonsratsfraktion: Fabian Müller, Simon Bürki
Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol
Fachausschuss: -
Sektionen: Cagatay Blaser (Biberist), Remo Bill, Rolf Winzenried (Grenchen), Thomas Jäggi (Lohn-Ammannsegg), Jeanette Dinkel, Doris Rauber (Olten), Claudio Mar-rari (Solothurn), Bea Widmer (Trimbach), Beatrice Schibler (Zuchwil)

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des Parteitages**
2. **Bestellung der StimmzählerInnen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung des Parteitag-Protokoll vom 28. April 2016**
5. **Wahl Geschäftsleitungsmitglied**
 - ▶ Kosovare Rustemi, Derendingen – als Vertreterin des Bezirks Wasseramt
 - ▶ Nancy Lunghi, Oensingen – als Vertreterin der Amtei Thal-Gäu
6. **Regierungswahlen 2017**
 - ▶ Beschluss über die Anzahl Kandidierende der SP Kt. Solothurn
7. **Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III**
 - ▶ Referat von Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten
 - ▶ Vorstellung der Volksaufträge
8. **Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 25. September 2016**
 1. Volksinitiative vom 6. September 2012 «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» (BBl 2015 9555);
Referat von Irène Meier-Reber, Rodersdorf, Präsidentin der Amteipartei «SP Dorneck-Thierstein» und Mitglied der Geschäftsleitung

2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2013 «AHVplus: für eine starke AHV» (BBI 2015 9551);

Referat von Giorgio Tuti, Langendorf, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Präsident des SEV Schweiz

3. Bundesgesetz vom 25. September 2015 über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG) (BBI 2015 7211).

9. Varia

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn, Peter Gomm und die Presse. Die Präsidentin bittet alle Anwesenden die drei Volksaufträge der Kantonalpartei und das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III zu unterschreiben.

Für die Begrüssung der Sektion Olten wird Brigitte Kissling ans Rednerpult gebeten.

Brigitte Kissling, Parteipräsidentin SP Olten

Die SP Olten begrüsst euch ganz herzlich. Wir freuen uns Austragungsort für wichtige Weichenstellungen sein zu dürfen. Olten gibt immer wieder zu reden, hat aber auch viel Gutes und Unbekanntes zu erzählen. Im neuen Siedlungsgebiet Olten Süd-West sind bereits 350 Wohnungen besetzt, vorwiegend von jungen Leuten. Rentnerinnen und Rentner, sowie Familien findet man fast keine, dies entgegen den Erwartungen. Die Siedlung muss jedoch noch besser erschlossen werden. Olten lehnt dies aus finanziellen Gründen ab. Diebezüglich gibt es eine grosse «Baustelle» mit welcher sich die SP Olten intensiv auseinandersetzt. Das Bornfeld und das Kleinholz sind ebenfalls grosse Entwicklungsgebiete. Da gibt es viele Zuzüger mit zahlreichen Kindern. Somit stellt sich die Frage eines weiteren Schulhauses. Die Stadt wächst und ich gehe davon aus, dass im Jahr 2020 die Stadt rund 19'000 EW zählt. Es gibt ein Projekt «Olten im Wandel». Als Vorgängerprojekt dienten «Garten für alle». Dieses gewährte BewohnerInnen unentgeltlich Land zur (zwingenden) Bewirtschaftung zur Verfügung. «Essen für alle» ist ein weiteres Projekt (Verwertung nicht gebrauchter Lebensmittel). Einmal in der Woche wird gekocht und sonst können Lebensmittel mit einem Code erworben werden. Man lernt viele Leute kennen, reiche, arme, Schweizer und Ausländer usw. Eine weitere Möglichkeit bietet das Cultibo, wo ich als Einwohnerin einen Anlass organisieren und durchführen kann. Solche und weitere Projekte laufen über «Olten im Wandel». Vieles ist noch wenig bekannt und muss bekannt gemacht werden. Die Bewegung ist sehr wertvoll und mit den verschiedenen Projekten wird auch viel für die Integrationsförderung geleistet.

Auf der politischen Bühne ist die neue Gemeindeordnung durch die Stimmbevölkerung angenommen worden. Damit wird das Parlament von 50 auf 40 verkleinert und bis auf eine, alle ausserparlamentarischen Kommissionen abgeschafft werden. Dies war nicht im Sinn der SP, denn damit wurde ein rechtes Stück Demokratie demontiert. Die bürgerlichen regieren in Olten, bringen ihre Anliegen durch und bestimmen mehrheitlich wohin der Weg geht.

Die SP Olten hat 180 Mitglieder. Ganz viele neue und junge kamen dazu und wir freuen uns, dass die Sektion Olten für die Regierungsratswahlen Susanne Schaffner nominiert hat.

Applaus

Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Franziska Roth

Ein Clochard sitzt auf dem Bundeshausplatz und zupft Gras aus einer spärlich bewachsenen Rabatte. Da kommt Bundesrat Alain Berset vorbei und fragt: «Cher bonhomme, was maschen Sie da?» Der Mann antwortet: «Das sehen Sie doch: Ich esse Gras... » Da öffnet Bundesrätin Calmy-Rey ihre übergrosse Tasche, entnimmt ihr das Portemonnaie, zückt eine Zwanzigernote und gibt sie dem Mann mit den Worten: «Voilà, tenez! Gehen Sie etwas rischtiges essen. Es kann doch nischt sein, dass in der Schweiz jemand muss Gras essen!» Hoherfreut erhebt sich der Mann und geht von dem Geld im nächsten Laden eine Flasche Rotwein kaufen. Dort trifft er einen Kollegen, der ihn fragt, woher er das Geld dazu habe. Dieser erzählt ihm die Geschichte und zieht mit seinem Roten zufrieden von dannen. Der andere Clochard denkt sich: «Was der konnte, kann ich schon lange ... » und setzt sich ebenfalls neben das Bundeshaus und beginnt Gras auszurupfen. Da kommt Bundesrat Ueli Maurer des Weges und fragt ihn: «Sie da! ja, Sie! Was mached Sie dänn da?» Wie sein Kollege es ihm erzählt hat, antwortet auch dieser Clochard: «Das sehen sie doch: Ich esse Gras ...», und hoherfreut nimmt er zur Kenntnis, dass auch Bundesrat Maurer sein Portemonnaie zieht. Maurer entnimmt diesem ein Zweifrankenstück, gibt es ihm und weist den Mann an: «Lueged Sie, guete Ma: Jetzt nämed Sie deet äne s'Tram und fahred i d'Allmänd - deet isch s'Gras viel höher!»



Ihr sagt sich jetzt sicher: Rosso, was soll das, es sind Wahlen also bitte mehr Ernsthaftigkeit dort vorne. Klar, ich hätte meine Rede auch mit Schlagzeilen vom Sonntag beginnen können: Völkerwanderung wegen Klimawandel! Jedes 6. Kind in der Schweiz lebt in Armut. Bedrohung so nahe wie noch nie, das Ende unserer Sicherheit.

Liebe Genossinnen und Genossen. Mit den Wählerinnen und Wählern persönlich in Kontakt treten beinhaltet alles: von Tacheles reden über zuhören können bis hin zum Lachanfall. In vielen Witzen, die mich zuerst zum Lachen bringen steckt dann aber der Stoff für unsere tägliche Arbeit als politisch Aktive. In diesem Witz steckt die Tatsache, dass mehr als eine Million Menschen existieren schweizweit in prekären finanziellen Verhältnissen oder sind sogar obdachlos. Das geht aus einem Bericht des Hilfswerks Caritas hervor.

Im Gegenzug hat die Finanzmarktaufsicht Finma kürzlich festgestellt, dass das Risiko der Geldwäscherei zugenommen hat. Und zwar geht es um schwere Korruptionsfälle. Wir wissen zudem, dass wir in einem Land leben, in dem ein Sparpaket ums andere

Kantonaler Parteitag, 25. August 2016

geschnürt wird Wo inzwischen Zwangsferien an Schulen verordnet werden, wo Menschen 100% arbeiten und ihr Lohn zum Leben nicht reicht, wo Menschen mit Behinderungen und viele Familien, die hohen Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Ja liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe euch vorhin zum Schmunzeln gebracht und damit hoffentlich eure Aufmerksamkeit für die wichtigen Themen von heute erlangt. Humor soll und kann dazu dienen, dass der Spass aufhört, der Spass nämlich den Privilegierte am Ausbeuten anderer haben. Und ich will euch auffordern, bei der Debatte heute und das daraus resultierende Handeln in den Wahlen eine Bremse für diejenigen zu sein, die sich einen Spass daraus machen noch privilegierter zu werden. Ich hoffe, dass ich mit meinem kleinen Witz die Türen geöffnet um euch zu meinen Sorgen zu führen. Ich mache mir Sorgen um unsere privaten Haushalte bei denen heute schon 600 000 Menschen von Armut betroffen sind und verlange mit dem Referendum einen gut schweizerischen Kompromiss, einer der die Schwächsten schützt.



Heute reden wir Tacheles und bringen mit unseren Debatten gegen aussen einerseits das bürgerliche Hofhalten beim Geldadel mit der USR III, deren Angstmacherei bei der Frage zur Sicherheit und Nachrichtendienstgesetz aufs Tapet genauso wie wir gegen innen unsere Strategie abstecken. Nehmt dabei kein Blatt vor den Mund, sprecht frei von der Leber weg und in Klartext aber vergesst den Zweck „das halten Können des Sitzes“ nicht.

Ich fordere euch auf, mit klaren Voten Farbe für unsere Partei zu bekennen und bei der Frage zu Traktandum 6 nicht bereits nominierte Genossinnen und Genossen ins Zentrum zu stellen, sondern die beste Strategie für unsere Partei bei den Regierungsratswahlen 2017 im Fokus haben.

Die Medien unterschieben und Entzweiung! Blödsinn. Wir sind eine vielfach Diskussions- und Lösungsfindungs- erprobte Partei. Wir streiten uns, um die beste Lösung zu finden. Und mit einem Augenzwinkern sage ich: Bedenkt, Ziffern haben eine Bedeutung über die blosser Mengenangabe hinaus und können vorausschauen, das beweist dieses Bonmot hier: Im Matheunterricht fragt der Lehrer: "Gibt es denn auch Zahlen die mehr aussagen als die Menge?"

"Ja, 218593" sagt Fritzchen.

"Wieso nennst du gerade diese Zahl?"

"Ist doch simpel, wenn ZWEI sich EINS sind und nicht ACHT geben, erkennen sie spätestens nach FÜNF Wochen, dass sie in NEUN Monaten DREI sind!"

Heute reden wir mit- und zueinander! Einige aktiven Genossinnen und Genossen werden das Wort an euch richten, in der Hoffnung, dass ihr es aufnehmt und für die Partei die Strategie wählt, die das Ziel, eine starke SP Kanton Solothurn mit Sitzergewalt in der Regierung zu sein am klarsten und zuverlässigsten verfolgt. Heute seid ihr dran! Ich freue mich auf einen angeregten Parteitag!

2. Bestellung Wahlbüro / StimmzählerInnen

Tisch 1: Daniela Gerspacher, Oensingen
Tisch 2: Stefan Oser, Flüh
Tisch 3: Hermann Fenzel, Solothurn
Tisch 4: Brigitte Kissling, Olten

Beschluss: Die Stimmzähler werden einstimmig gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung Protokoll

28. April 2016

Beschluss: das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

5. Wahl Geschäftsleitungsmitglieder

- ▶ **Kosovare Rustemi, Derendingen – als Vertreterin des Bezirks Wasseramt**
- ▶ **Nancy Lunghi, Oensingen – als Vertreterin der Amtei Thal-Gäu**

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten die Wahlvorschläge zu unterstützen.



Beschluss: Die Delegierten wählen Kosovare Rustemi und Nancy Lunghi einstimmig in die Geschäftsleitung. (Applaus)

6. Regierungswahlen 2017

► Beschluss über die Anzahl Kandidierende der SP Kt. Solothurn

Franziska Roth zur Begründung des Antrages aus der Geschäftsleitung:

Die SP hat einen Wähleranteil von gegenwärtig ca. 19%. Durch den Rücktritt von Peter Gomm wird der SP Sitz in der Regierung frei. Dass wir diesen Sitz halten können, ist realistisch. Aber ich sage euch, dies wird kein Spaziergang es wird jede und jeden von uns dazu brauchen, denn wir wissen nicht was die Bürgerlichen tun. Peter hat mit seinem hervorragenden persönlichen Engagement und seiner Kompetenz die Sozialdemokratischen Anliegen hart aber fair in der Regierung eingebracht und Mehrheiten finden können die weit über das Linke Lager hinausgehen. Andererseits hat die Kantonsratsfraktion bewiesen, dass mit ihren Anliegen nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch bis ins bürgerliche Lager hinein als kompetente Regierungspartei wahrgenommen wird. Die SP ist bislang immer mit einer zweier Kandidaturen angetreten und hat unbestritten damit immer einen harten, fairen und guten Wahlkampf gemacht. Warum also schlägt euch nun die GL eine 1er Kandidatur vor? Die Situation, dass ein Sitz frei wird und KEIN bisheriger Regierungsrat antritt, die hatten wir so in letzter Zeit nicht. Wir konnten bis anhin immer mit einem bisherigen Kandidaten ins Rennen steigen. verteidigen. Im März 17 starten wir bei null und wollen unseren Sitz halten, mit einer neuen Person. Deshalb ist die Ausgangslage anders als in der Vergangenheit. Die Chance den SP Sitz halten zu können, erachtet die GL mit bei einem Wähleranteil von heute 19% mit einem Einervorschlag wesentlich höher als mit zwei Kandidaturen. Das Beispiel Baselland zeigt deutlich auf, wie man sich selbstverschuldet aus der Regierung abwählt (BL hatte infolge Ausscheidens von Wüthrich eine Vakanz, trat mit zwei neuen Personen an und verlor den Sitz. Es gab eine Stimme die vertrat deutlich die Meinung, dass eine interne Ausmarchung bei 2 Kandis und nur einer 1er Kandidatur für die Partei nicht gut sei und erst recht nicht für den beiden Kandis, da dann einer oder eine der oder die Verliererin sei. Dieses Argument kann und darf in meinen Augen nicht in die Waagschale geworfen werden. Würden wir dann bei 5 Interessenten eine 5er Kandidatur vorschlagen? NEIN! Genossinnen und Genossen, die sich für ein RR Mandat nominieren lassen sind erstens daran interessiert was für die Partei die richtige Strategie ist (wobei man selbstverständlich die GL-Meinung nicht teilen muss) und zweitens sind sie stark genug, dass sie eine Ausmarchung intern ohne Knick im Selbstbewusstsein durchstehen.

Wir plädieren einerseits damit für etwas Augenmass und realistische Einschätzung. Wir fahren für einmal nicht mit vollem Risiko und verlangen fordern für einmal die anderen Parteien nicht direkt hinaus dafür zeigen wir der Bevölkerung, mit unserer Fokussierung auf eine Person, dass die sozialdemokratische Politik auch in die Regierung gehört. Vor diesem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Stimmung, unserem Wähleranteil, mit dem Willen mit aller Kraft den SP Sitz zu halten, Ist für uns eine Einerkandidatur – und nur eine Einerkandidatur, der richtige Weg, der uns ans Ziel führt. Ans Ziel, unseren Sitz, der uns zusteht, zu erhalten.

Unsere Linken Stimmen vereinen sich dadurch auf eine Person und werden nicht in einem ersten Wahlgang auf zwei Kandidaten verteilt. Wir können so klar davon ausgehen, dass unser Kandidat oder unsere Kandidatin ein starkes Resultat macht und genauso wie wir mit Augenmass vorhin für eine 1er Kandidatur plädieren, halten wir

selbstbewusst fest, dass es so auch möglich ist im ersten Wahlgang den Einzug einer neuen Person zu schaffen.

In vier Jahren sieht es wieder anders aus, wenn es in Regierung voraussichtlich wieder Vakanzen gibt vorausgesetzt Die SP kann ihren Sitz halten. Dass man DANN mit einer Zweierkandidatur antreten würde, ist jedoch eine ganz andere Voraussetzung als in der Konstellation für die Wahlen im Frühling 2017. Aus diesen Gründen kann die deutliche Mehrheit der GL kein Verständnis für einen Zweivorschlag aufbringen und bittet euch dem Antrag für eine Einerkandidatur zuzustimmen. Vielen Dank. (Applaus)

Diskussion:

Thomas Flückiger, Gerlafingen: man konnte bereits in der Zeitung lesen, dass meine Sektionen den Antrag «Zweierkandidatur» stellen wird. Diesen möchte ich kurz begründen:

Die Einerkandidatur ist eine vorsichtige und defensive Strategie. Dies muss nicht unbedingt falsch sein, entspricht jedoch nicht dem Bild und dem Anspruch, welche die SP in den letzten Jahren abgegeben hat. Ein selbstbewusstes Auftreten mit zwei Kandidierenden war jahrzehntelang eine Selbstverständlichkeit. Auch wenn die heutige Ausgangslage etwas ungünstiger ist als auch schon, so braucht es dringendere Gründe für eine Einerkandidatur. Ich glaube es ist nicht aussichtslos 2 Regierungssitze zu gewinnen. Wir hätten zwei hervorragende Kandidaturen und wir sollten den Versuch wagen etwas mutiger aufzutreten. Übrigens ist es auch ein Angebot an die Bevölkerung eine Auswahl zu treffen und seit gestern wissen wir wen die FDP neben Remo Ankli ins Rennen schickt: Marianne Meister. Ich kenne diese Frau nicht, habe aber gehört, sie politisiere am rechten Rand der FDP. Auch deshalb braucht es eine starke Linke als Gegenpol und bitte euch den Antrag der SP Gerlafingen zu unterstützen.

Georg Hasenfratz, Olten: Genossinnen und Genossen, ich bitte euch den Antrag der GL zu unterstützen. Die SP Gerlafingen argumentiert, dass man in der Vergangenheit immer mit zwei Personen an den RR-Wahlen teilgenommen habe. Das stimmt, aber es handelte sich immer um einen Bisherigen und zusätzlich um eine oder einen Neue/n: Gomm-Bühlmann / Gomm-Bigolin / Zanetti-Gomm / Ritschard-Bühlmann / Ritschard-Aebi vor 20 Jahren. 1985 wollte die SP den Sitz von Ruedi Bachmann mit 2 Personen ersetzen, sowie den Sitz des wild Kandidierenden Gody Wyss zurückholen. Wie wir wissen scheiterte die SP und verlor den Sitz von Bachmann an die CVP. Soviel zu den historischen Fakten. Heute ist es hochriskant mit zwei neuen Personen an den RR-teilzunehmen. Das Risiko besteht darin, dass die Bürgerlichen im 1. Wahlgang ihre Leute ins «Trockene» bringen und es im 2. Wahlgang dann noch um 1 Sitz gehen wird. Es ist nicht neu, dass es die SP in einem 2. Wahlgang immer schwer hat gegen die bürgerliche Front erfolgreich zu sein. Wir sollten unsere Stimmen nicht aufsplintern und versuchen im 1. Wahlgang bereits durchzumarschieren. Mittelfristig sollten wir selbstverständlich wieder versuchen, einen 2. Regierungssitz zu gewinnen. Es wurde argumentiert, 2 Kandidaturen könnten sich gegenseitig befruchten. Ich befürchte das Gegenteil, denn es besteht die Gefahr, dass unsere Wählerschaft ihre/ihren Kandidatin/Kandidat aus der jeweiligen Region/Geschlecht (Mann-Frau) bevorzugt. Damit hätten wir nichts gewonnen, im Gegenteil. Ich gehe davon aus, dass es in der jetzigen Situation praktisch ausgeschlossen ist, einen 2 Sitz zu erhalten. Man muss sich vor dieser Ausgangslage die Frage stellen, soll die SP bestimmen wen sie ins Rennen schickt oder das mehrheitlich bürgerliche Wahlvolk im März 2017. Wir müssen den Mut haben selbst auszuwählen. Es geht jetzt nicht um die Frage des Selbstvertrauens, sondern um Vernunft und Wahltaktik. Deshalb empfehle ich euch eine Einerkandidatur.

Stephan Locher, Olten: ich vertraue auf die Strategie der GL, möchte jedoch zu bedenken geben, dass wenn wir mit einer Einerkandidatur in diesen Wahlkampf steigen und diesen Sitz verteidigen können, in der Regierung auch wirklich linke Politik gemacht wird und sich diese nicht zu sozialliberalen Persönlichkeiten verändern.

Generell würde ich begrüßen, wenn die Basis in solchen strategischen Entscheiden besser eingebunden würde. **Franziska Roth:** die GL ist breit abgestützt und darin vertreten sind alle Amteien, die JUSO, die Fraktion usw. So gesehen war dieser Prozess von Beginn weg transparent breit abgestützt.

Roberto Zanetti, Gerlafingen: geschätzte Präsidentin, geschätzte Genossinnen und Genossen, wie immer hat die Präsidentin in fast allen Teilen recht. Sie hat gesagt, Angst



dürfe uns nicht davon abhalten mit einer Doppelkandidatur in diese Wahlen zu steigen. Das stimmt. Ich kenne diese Partei und wir haben schon viele interne Ausmarchungen unbeschadet überstanden. Es wurde erwähnt, seit Jahrzehnten traten wir immer mit einer Zweierkandidatur bei Regierungsratswahlen an. Dies ist eine gute Tradition. Die Parteipräsidentin liess sich in der Zeitung zitieren, die SP hätte kein Anspruch auf einen 2. Sitz, auch das stimmt. Niemand hat einen Anspruch auf einen 2. Sitz. Ich hab die Wahlergebnisse der vergangenen 5 kantonalen Wahlen angeschaut. In allen Wahlgängen lag die SP vor der CVP. Vor diesem Hintergrund kann man sicher nicht von Anspruch reden. Bei Majorzwahlen hat man keinen Anspruch, man muss immer wieder von neuem beginnen und wird gewählt oder nicht.

Die Parteien können Angebote machen. Diesbezüglich hat die SP auch diesmal ein super Angebot und könnte damit ein Zeichen gegen die aktuelle Politik der Bürgerlichen. Vielleicht will dies ja die Wählerschaft, also geben wir ihr die Möglichkeit dazu. Und es geht nicht nur um das Stimmenverhältnis im Regierungsrat, ob unsere Anliegen mit 3:2 oder 4:1 abgelehnt werden ist nicht entscheidend, entscheidend ist wie ein Departement geführt wird. Dies können wir aktuell im Finanzdepartement des Bundes sehen. Nach Evelin Widmer Schlumpf als Vorsteherin ist jetzt Ueli Maurer der Chef. Er hat das ganze Departement auf den Kopf gestellt. Also setzen wir ein Zeichen, ich bin überzeugt, dass eine Doppelkandidatur Synergien entwickeln kann mir nicht vorstellen, dass Sozis bei zwei Kandidaturen nur 1 Person auf den Wahlzettel schreiben. Klar gibt es ein Risiko, dass deshalb das eine oder andere bei den bürgerlichen Stimmen passieren kann, aber ist auch eine grosse Chance. Ich gewichte diese Chance höher als das Risiko. Wahlen heissen Wahlen, weil man dann wählen kann – würde man in den Gremien nur absegnen, würden sie Segnungen heissen. Deshalb bitte ich euch dem Antrag der SP Gerlafingen zuzustimmen.

Markus Baumann, Derendingen: Roberto hat schon viel gesagt und dies ganz aus meinem Herzen. Auch ich bin der Meinung, die SP müsse ein Angebot machen und zwei Personen ins Rennen schicken. Speziell stolz bin ich, dass die heute zur Verfügung stehenden Personen gewerkschaftlich orientiert sind und reelle Chancen haben, viele Stimmen zu holen.

Karl Tanner, Trimbach: als Wähler möchte ich auswählen können und nicht absegnen was von den Parteien vorgegeben wird.

Mathias Stricker, Bettlach: Geschätzte Genossinnen und Genossen. Ich stehe ganz klar für eine Einerkandidatur ein. Die andere Strategie wäre gefährlich. Im Februar 2015 passierte in Baselland folgendes: die SP trat mit zwei neuen zur Wahl an und verlor den Sitz. Deshalb erachte ich das Risiko zu gross und es schadet auch nichts, zum richtigen Zeitpunkt etwas bescheiden zu sein. Ich erachte es sogar als möglich, dass wir mit einer guten Einerkandidatur die Wahl bereits im 1. Wahlgang schaffen können.

Marc Häsler, Stüsslingen: werte Anwesende, Genossinnen und Genossen. In diesem Fall ist die Einerkandidatur mit Sicherheit der richtige Entscheid. Regierungsratswahlen sind Majorz- und nicht Proporzahlen. Da gibt es immer wieder Überraschungen. Dies beweist die CVP, welche in vielen Regierungen entgegen ihren Wählerprozenten massiv übervertreten ist. Warum das: der CVP gelingt es immer wieder es allen recht zu machen und sammelt so ihre Mandate. Da müssen wir aufpassen. Natürlich haben wir exponierte Kandidaten, die sich für ein solches Amt eignen, aber wir sind die SP gegen alle. Der kleinste Teil der Wählenden sind Parteimitglieder, das Gros ist unabhängig und wählen mal so oder so. Es kommt hinzu, dass auch noch mit einer grünen Kandidatur zu rechnen ist. Deshalb müssen wir dafür schauen, dass wir unsere Stimmen bündeln können und uns auf eine Person einigen. Ansonsten könnte es dann heissen «draussen vor der Türe». In vier Jahren, mit einem/einer Bisherigen können wir wieder voll angreifen und mit zwei Personen antreten. Ich bitte euch im eigenen Interesse dem Antrag der GL zuzustimmen.

Näder Helmy, Solothurn: ich bin dringend für eine Einerkandidatur. Wir müssen das aktuelle Umfeld anschauen. Zurzeit gibt es zahlreiche rechte Tendenzen in unserer Gesellschaft. Wenn wir in dieser Zeit die linken Stimmen auf zwei Personen aufteilen, diese Gefahr besteht, laufen wir Gefahr in einen 2. Wahlgang zu müssen. Dann ist alles möglich und in der Regel spannen dann die Bürgerlichen zusammen. Im Übrigen sagen mir Segnungen nichts – bestimmen wir heute demokratisch was wir wollen und dann ab an die Wahlurnen.



Markus Ammann, Olten: ich möchte die Rahmenbedingungen einmal etwas weniger wahltaktisch zu betrachten. Es gibt positive und negative Bedingungen. Die positiven wurden teils schon erwähnt. Wir haben zurzeit einen Regierungsrat, der bei der breiten

Bevölkerung kompetent wahrgenommen wird und beweist, dass man auch SP-Politik pragmatisch kann betreiben. Auf der anderen Seite haben wir die Situation, dass eigentlich niemand den Anspruch erhebt, die SP von der Regierungsbeteiligung auszuschliessen. Dies ist eigentlich eine gute Ausgangslage. Was es eben auch gibt, soeben wurde es genannt, dass wir eine politische Grundstimmung haben, die nicht unbedingt für die SP spricht. Bei den Wahlen können wir halten und feiern dies bereits als Erfolg. Den 2. NR-Sitz konnten wir knapp halten – mit anderen Worten – die Grundstimmung heisst zittern in der SP. Aber auch bei Sachabstimmungen finden unsere Anliegen nur selten eine Mehrheit. Diese rechtsbürgerliche Wende spüren wir inhaltlich, in allen Bereichen. Die SVP strebt schon lange, zu recht, nach einem Regierungssitz. Sowohl FDP wie auch CVP geben freiwillig keine Sitze ab und so kann es durchaus passieren, dass die SP rausfliegt. Das müssen wir unbedingt vermeiden. Dies gelingt uns nur geeint und mit dem Anspruch, zu nennen was wir wollen, wie wir dies erreichen und mit wem. Aus meiner Sicht ist ein 2. Sitz Stand heute unmöglich, wir müssen auch keine Auswahlsendung schicken, denn die Bevölkerung hat von rechts bis links eine Auswahl und dies bedeutet mit anderen Worten: wir bestimmen wer für die SP in die Regierung soll und nicht die Wählerinnen und Wähler. In diesem Sinn ist für mich klar, wir wollen - etwas bescheiden - unseren Sitz halten und bieten dafür den/die aus unserer Sicht beste Kandidatin / den besten Kandidat, welche unsere Politik in der Regierung vertreten soll.

Antrag Geschäftsleitung:

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten, bei den Erneuerungswahlen für den Regierungsrat, mit 1 SP-Kandidatur teilzunehmen.

Antrag SP Gerlafingen:

Die SP Gerlafingen (vertreten durch Thomas Flückiger) empfiehlt den Delegierten, bei den Erneuerungswahlen für den Regierungsrat, mit 2 SP-Kandidaturen teilzunehmen.

Antrag Geschäftsleitung:	94 Stimmen
Antrag SP Gerlafingen:	13 Stimmen

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung mit 94 : 13 Stimmen und 1 Enthaltung zu. (Applaus)

7. Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III

- ▶ Referat von Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten
- ▶ Vorstellung der Volksaufträge und Referendum gegen die USR III

Susanne Schaffner: liebe Genossinnen und Genossen. Ich nehme an, ihr habt das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III bereits unterschrieben. Sollte das Packet so wie es vorliegt an der Urne angenommen werden, wird den Kantonen, den Gemeinden und der Bevölkerung eine harte Zeit bevorstehen. Übersetzt heisst dies: «Unanständige Steuersenkung für Reiche zum 3. Mal» (Applaus) Wie ihr wisst, die eidgenössischen Räte haben die USR III in der Sommersession in verschiedenen Gesetzen beschlossen. Diese sollen Steuerprivilegien für Holdinggesellschaften und vergleichbare Gesellschaften aufheben und auf der anderen Seite neue Privilegien schaffen. Diese Forderung kam vom Ausland (Gleichbehandlung). Auch die SP vertritt

den Standpunkt, dass für alle Firmen die gleichen Regeln gelten sollen. Für Steuergerechtigkeit setzen wir uns schon seit Jahrzehnten ein. Wer jedoch behauptet, diese Reform habe etwas mit Steuergerechtigkeit zu tun, liegt weit neben der Realität. Das Bundesparlament hat eine Vorlage ausgearbeitet, bei welcher man keine Prognose machen kann, sprich die Auswirkungen sind unbekannt. Es wurden unnötige Privilegien geschaffen, dessen Auswirkungen für Bund, Kantone und Gemeinden nicht abschätzbar sind. Ursprünglich war vorgesehen, dass alle Entlastungen kompensiert werden müssen. Es ist klar, dass Holdinggesellschaften auch entlastet werden müssen, nachdem man vorangehende Privilegien auf Druck des Ausland abgeschafft hat. Der Bundesrat machte den Vorschlag deshalb eine Kapitalgewinnsteuer einzuführen oder die Dividendenbesteuerung zu erhöhen. Denn mit der Umsetzung der USR II werden Reiche und Aktionäre entlastet. So hätte eine Kompensation umgesetzt werden können. Das Parlament hat diese Vorschläge allesamt abgelehnt und sie haben noch einen draufgelegt und die Steuergeschenke noch erhöht. Was machen jetzt die Kantone? Weil sie die Steuern für Holdinggesellschaften erhöhen müssen, werden sie die Gewinnsteuern anpassen. Das machen sie und verlieren dabei das Mass, dies unter dem Titel «Steuerwettbewerb». Dies hat mit der USR III rein gar nichts mehr zu tun. Auf Bundesebene wird nach einer allfälligen Umsetzung mit einem Einnahmenverlust von 1,3 Milliarden Franken pro Jahr gerechnet. Aus all diesen Gründen müssen wir das Referendum unterstützen und die Vorlage an der Urne ablehnen. Gerne erinnere ich an die letzte Reform, die USR II. Damals prognostizierte der damalige Bundesfinanzminister Merz Ausfälle, welche schlussendlich um das x-fache höher ausfielen. Im Kanton haben wir schmerzhaft Sparpakete hinter uns, gegen unseren Willen. Bei den kleinen Einkommen, im Sozialen, in der Bildung, beim ÖV usw. Es hiess, der Kanton habe kein Geld. Und heute sagt der gleiche Kanton dass im Zuge der USR III schon im Vorfeld Steuern gesenkt werden müssen. Auch aus diesem Grund hat die SP reagiert und verlangt ein Massnahmenpaket im Falle einer Annahme der USR III. In diese Debatte wollen und müssen wir uns einbringen und haben deshalb 3 Volksaufträge ausgearbeitet, welche die negative Auswirkungen abfedern. Der Regierungsrat hat im Aufgaben und Finanzplan bereits für das kommende Jahr die Steuern für die juristischen Personen zu senken, von 104% auf 100%. Dies ungeachtet ob die USR III dereinst überhaupt angenommen wird, nicht in Kraft ist und noch überhaupt nichts über Ausgleichzahlungen (von Bund an Kantone) gesprochen wurde, resp. entschieden ist. Mit diesen Steuersenkungen entlastet man alle Firmen, auch die Holdinggesellschaften, die mit der USR III ohnehin schon entlastet werden. Für die SP ist dies eine unverständliche Situation und sie wird sich im Rahmen des Budgetprozesses im Dezember stark gegen diese Massnahme wehren. Die SP verlangt deshalb mit diesen Volksaufträge, dass erst Massnahmen ergriffen werden, wenn die



USR III tatsächlich in Kraft tritt, sollte sie denn angenommen werden. Und wir verlangen, dass in diesem Fall alle Profiteure Gegenleistungen erbringen erbringen:

Volksauftrag «Kaufkraft der Familien stärken»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

Kaufkraft Familien stärken durch

- Erhöhung der Familien- und Kinderzulagen
- Ausbau der Familienergänzungsleistungen
- Schaffung von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen
- Erhöhung der Prämienverbilligung

Volksauftrag «Mehr Steuergerechtigkeit»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

Steuergerechtigkeit schaffen durch

- Erhöhung des Steuerabzugs für Personen mit kleinem Einkommen
- Minimieren von Steuerverlusten durch genügend Personalressourcen
- Erhöhung der Vermögenssteuer und der Dividendenbesteuerung

Volksauftrag «Arbeitsplätze sichern»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

Arbeitsplätze sichern durch

- Bildung für alle in den Unternehmen

Ich bitte euch sowohl das Referendum gegen die USR III, als auch alle drei Volksaufträge zu unterzeichnen – besten Dank für die Aufmerksamkeit. (Applaus)

8. Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 25. September 2016

1. Volksinitiative vom 6. September 2012 «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» (BBI 2015 9555);
Referat von Irène Meier-Reber, Rodersdorf, Präsidentin der Amteipartei «SP Dorneck-Thierstein» und Mitglied der Geschäftsleitung
 2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2013 «AHVplus: für eine starke AHV» (BBI 2015 9551);
Referat von Giorgio Tuti, Langendorf, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Präsident des SEV Schweiz
 3. Bundesgesetz vom 25. September 2015 über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG) (BBI 2015 7211).
Referat von Philipp Hadorn, Nationalrat aus Gerlafingen und Mitglied der Geschäftsleitung
-
1. Volksinitiative vom 6. September 2012 «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

Pro: Irene Meier-Reber (hat keine Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen. Wie viele vom Planet Erde darf's denn sein? 1, 2 oder sogar 3 ? Würden alle Menschen auf der Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie Herr und Frau Schweizer, wären drei Erden «notwendig». Das bedeutet nichts anderes, als dass wir uns zu wenig nachhaltig verhalten. Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahlen und des dauernden Wirtschaftswachstums ist davon auszugehen, dass der Ressourcenverbrauch noch weiter zunimmt. Versorgungsengpässe sind nicht mehr auszuschliessen, obwohl ja gerade auch die Wirtschaft Ressourcen in guter Qualität benötigt.



Auf nationaler und internationaler Ebene nimmt die Einsicht zu, dass mit den Ressourcen viel schonender umgegangen werden muss als wie bis anhin. Es ist also höchste Zeit und notwendig für eine grüne Wirtschaft. Mit Wirtschaft verstehen wir die Unternehmungen, die öffentliche Hand und private Haushaltungen. Wir sind also alle gefordert. Die Übernutzung aller natürlichen Ressourcen in der Schweiz wird im Umweltbericht aufgezeigt. Natürlich konnten auch schon viele Erfolge verbucht werden wie z.B. die Reinhaltung zahlreicher Gewässer und die Luftqualität. Die Abfallmenge steigt hingegen nach wie vor. Heute produzieren wir pro Jahr und Kopf 700kg. Die Schweiz steht in Europa an 2. Stelle bei der Produktion von Abfall und Elektroschrott. Die Initiative für den geordneten Atomausstieg fordert das Bau- und Betriebsverbot für neue AKW und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKW. Wenn es die Sicherheit verlangt, müssen AKW auch schon früher abgeschaltet werden. Darüber hinaus fordert die Initiative für den geordneten Atomausstieg eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert.

Die Initiative für den geordneten Atomausstieg wurde nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 von den Grünen im Verbund mit anderen Organisationen lanciert. Kurz nach der Lancierung der Initiative haben Bundesrat und Parlament das Thema aufgenommen: Das Parlament will jedoch nur ein Neubauverbot ins Gesetz aufnehmen. Die Ausserbetriebnahme der alten AKW, den eigentlichen Risiken, plant das Parlament nicht. Aus diesem Grunde braucht es die Initiative für den geordneten Atomausstieg. Nur sie reduziert das Risiko eines Super-Gau wie in Fukushima.

Die Initiative für den geordneten Atomausstieg ist jedoch kein Gegenprojekt zur Energiestrategie 2050, sondern ergänzt und vervollständigt letztere mit der wichtigen maximalen Betriebsdauer für Atomreaktoren. Durch die damit einhergehende schrittweise Abschaltung der AKW bis 2029 entstehen Planungssicherheit für die ganze Schweizer Strompolitik und Investitionssicherheit für die vielen kantonalen und kommunalen Elektrizitätswerke.

Die Initiative verlangt einen Umbau von der heutigen Wirtschaftsordnung zu einer Kreislaufwirtschaft. Es geht also nicht nur um Umweltsorgen, sondern auch darum die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Heute liegt die Verantwortung bei den Konsumenten. Neu würde sich auch die Wirtschaft viel mehr in dieser Verantwortung sehen und den nachhaltigen Konsum fördern.

Und sie kann nur leistungsfähig bleiben, wenn sie genügend Ressourcen zur Verfügung hat. Viele Unternehmen, darunter unzählige KMU aus Industrie und Gewerbe, bauen bereits an dieser Energiezukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze und Einkommen in allen Landesregionen. Darauf lässt sich bauen, aber dafür braucht es den geordneten und verbindlichen Atomausstieg.

Das Ziel bleibt also unseren Ressourcenverbrauch drastisch zu senken, bis 2050 auf eine Erde. Vielen Dank. (Applaus)

Diskussion:

Cedric Branchi: guten Abend liebe Anwesende. Wir haben das Refert zur grünen Wirtschaft gehört. Die tönt sehr sympathisch und schliesslich wollen wir alle zu unserem Planeten schauen, sofern es noch nicht zu spät ist. Die Umfragen sind gut und es besteht die Chance, dass die Initiative angenommen werden könnte. Die Gegner führen ins Feld, dass im Falle einer Annahme es in der Schweiz zu grösseren Regulationsschwierigkeiten im Nahrungsmittelsektor kommen könnte. Ich habe den Initiativtext gelesen und nichts gefunden, das auf ein solches Problem hindeuten würde. Allerdings ist festzuhalten, dass vieles sehr schwammig formuliert ist. Deshalb meine Frage an die Initianten, was soll im Fall von Regulationsproblemen unternommen werden?

Irene Meier: Es ist tatsächlich so, dass insbesondere der Fleischkonsum viel zu hoch ist, wie auch die Vernichtung von Nahrungsmitteln. Dies widerspricht einem sorgsamem Umgang mit Nahrungsmitteln.

Cedric Branchi: dies betrifft das Konsumverhalten und der besseren Verwendung bereits bestehender Ressourcen. Was hat denn aus Sicht der Initianten höhere Priorität?

Irene Meier: diese Frage kann ich so nicht beantworten, ich sitze nicht im Initiativkomitee.

Franziska Roth empfiehlt den Delegierten den Antrag der Geschäftsleitung für die «JA-Parole» anzunehmen.

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig bei 3 Enthaltungen die JA-Parole zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2013 «AHVplus: für eine starke AHV»

Pro: Georgio Tuti (hat keine Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen. Erlaubt mir zwei drei Worte zur AHV, zum Drei-Säulenmodell, warum die AHV verteufelt wird und warum man das private sparen und die 2. Säule in der Regel bevorzugen möchte. Natürlich erkläre ich auch die geniale AHV-plus Initiative. Diese Initiative haben wir nicht lanciert, weil wir sonst keine Arbeit gehabt hätten, sondern weil es sie braucht. Und zum Schluss gelange ich noch mit einer Bitte an euch.

1948 wurde die AHV eingeführt. Seit dann gibt es gewisse Kreise, in der Regel immer die gleichen: bürgerliche Parteien, Wirtschaftsverbände, Privatversicherer und Arbeitgeber die immer und immer wieder versuchen die AHV schlecht zu reden. Es gab mal einen Bundesrat namens Couchepin, der machte regelmässig Prognosen zur AHV, lag jedes Mal weit daneben und immer mit dem Ziel die AHV zu verteufeln, ihre angebliche Schiefelage zu nennen und wie schlecht es ihr gehe. Das Ziel war immer dasselbe:

man wollte die Renten nie erhöhen, das Rentenalter erhöhen, die Leistungen kürzen und die Teuerung nicht ausgleichen. Und heute? Es hat sich nichts verändert, soeben hat die Kommission des Nationalrats entschieden das Rentenalter erhöhen zu wollen, die Leistungen zu kürzen usw. Natürlich ist dies noch nicht definitiv, aber wir nehmen zur Kenntnis, in welche Richtung es für eben diese Kreise gehen soll. Aber eines ist für die Schweizerinnen und Schweizer, unabhängig der Parteizugehörigkeit, wenn es um die AHV geht hört der Spass auf. Verschlechterungen konnten wir an der Urne immer verhindern. Das ist nicht erstaunlich. Schaut mal liebe Genossinnen und Genossen, für wie viele Menschen die AHV das wichtigste Einkommen im Alter ist. Es betrifft 2/3 der Leute. Aber warum werden um die AHV Horrorszenerarien gemacht? Ich stelle 2 Gründe fest: 1. Das Umlageverfahren in der AHV ist diesen Ideologen einen Dorn im Auge. Denn es handelt sich dabei um ein Solidaritätsmodell was nichts anderes bedeutet, dass die jungen für die alten Menschen arbeiten. Der Ausgleich ist, dass wenn jemand im Erwerbsleben viel verdient und deshalb auch viel einbezahlt, trotzdem nicht mehr als die Maximalrente bekommt. Insbesondere für tiefe und mittlere Einkommen und insbesondere für Frauen bedeutet die AHV deshalb sehr viel und ist überlebenswichtig. Nun müssen wir das Auge mal auf die 2. und 3. Säule richten. Ich will darüber ja keine Polemik machen, aber man muss es nennen. Wenn wir schauen wie viel mit dem Ausgleichsfonds (43 Milliarden Franken) der AHV spekuliert werden kann. Im Vergleich zu den Summen in der 2. und 3. Säule ein ganz bescheidener Betrag. Hier sprechen wir von 891 Milliarden Franken. Davon fließen für Werbung allein 6 Mia. ab. Das ist doch die richtige Geschichte der AHV-Verteufelung. Wir wissen genau auf welche Säule wir setzen müssen, nämlich auf die 1. Die AHV stärken bedeutet nichts anderes, als dem Bundesverfassungsartikel nachzukommen «Existenzbedarf angemessen decken». Deshalb müssen wir sie substanziell erhöhen. Das letzte Mal wurden die AHV-Renten real vor 40 Jahren erhöht. Deshalb ist höchste Zeit, die Renten pro Monat um 200.- für Alleinstehende und 350.- für Ehepaare zu erhöhen. Klar gibt es die reichen Rentner/innen, aber der Grossteil muss den Gürtel laufend enger schnallen, weil ihnen die Rente einfach nicht reicht oder eben Ergänzungsleistungen beantragen müssen. Die Gegner kommen jetzt und sagen, wer soll das bezahlen? Mit 0,4% Lohnprozenten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wären diese Mehrausgaben gedeckt. Dies ergibt einen Gesamtbetrag von 4,1 Mia. und wenn man ganz genau rechnet und die Kosten der durch die vorgesehene Erhöhung wegfallenden Ergänzungsleistungen miteinbezieht, kostet die Initiative 3,7 Mia. Und zum Schluss: Es ist klar und dies sagen alle Bützerinnen und Bützer, wenn sie etwas sparen können, dann wollen sie in die Altersvorsorge der AHV investieren, denn sie ist die sicherste Anlage.



Nun zu meinen Bitten: 1. Für die AHVplus-Initiative bitte ich Euch um eine einstimmige JA-Parole, nicht für mich sondern für die Rentnerinnen und Rentner. 2. Ich bitte alle am

10. September nach Bern an die Rentendemo zu kommen. 3. Bitte legt am 25. September selbstbewusst ein JA in die Urne, Vielen Dank (Applaus)

Diskussion: keine Wortbegehren

Franziska Roth empfiehlt den Delegierten den Antrag der Geschäftsleitung für die «JA-Parole» anzunehmen.

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole zur Volksinitiative «AHVplus» (mit grossem Applaus)

3. Bundesgesetz vom 25. September 2015 über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG)

Kontra: Philipp Hadorn (hat keine Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen. Die Bedeutung des Wortes Nachrichtendienst erinnert an Angst, Attentate, Terror, Amok usw. Alles Ereignisse, welche Angst auslösen können. In diesem Zusammenhang führen wir die Diskussion wie weit darf eine Überwachung gehen? wie weit darf einem ins Privatleben hineingeschaut werden? 1989 habe wir die Fichenaffäre erlebt mit über 900'000 überwachten Personen, meist Linke. Die neuste Affäre liegt nicht lange zurück, 2010 kam zutage, dass 200'000 Menschen überwacht werden. Es gab weitere skandalträchtige Geschehnisse (Geheimarmee, Alfred Bachmann, Bellasi usw.), über die man weiss, dass zuhauf die Spielregeln verletzt wurden. Wir überwachten Linken konnten uns damals erfolgreich dafür einsetzen, dass diese Überwachung gestoppt wird. Mit dem rechten Extremismus rief auch die Linke dazu auf, diese Szene vermehrt zu überwachen und mit dem ISIS kommt derselbe Ruf von Links und Rechts, zu Recht aus meiner Sicht. Das heutige Nachrichtendienstgesetz regelt die Kompetenzen des Nachrichtendienstes im öffentlichen Raum. Erlaubt sind Informanten, freiwillige Befragungen usw. Gegen das neue Nachrichtendienstgesetz, worüber wir an der Urne zu befinden haben, weil insbesondere linke Kreisen dagegen das Referendum ergriffen haben spricht einiges: neu soll der Kompetenzausfall gelten, präventive Massnahmen ohne Verdacht, Telefonüberwachung, heimliche Hausdurchsuchungen, eindringen in Privatsphäre, Montage von Kameras und Wanzen, Spitzeltum, Denunzieren von Personen, Internetüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, einschleusen von Staatstrojanern, internationaler Datenzugriff auch durch Geheimdienste usw. Das grösste Problem besteht darin, dass neu verdachtsunabhängige Überwachungen möglich werden, inkl. Mail, SMS, Telefon, Facebook usw. Selbstverständlich kann man auch die Nadel im Heuhaufen finden, aber Fakt ist, alle Attentate der Vergangenheit wurden von



Personen ausgeführt, die bereits überwacht wurden. Und auch heute ist eine Überwachung bereits möglich, nur braucht es dazu richtigerweise eine gerichtliche Bewilligung. Wir als Linke haben uns schon immer dafür eingesetzt, dass es andere Massnahmen braucht, nämlich gute Bildung, Perspektiven, Chancen und Mitwirkung in der Gesellschaft, damit solchen «Mist» erst gar nicht durchgeführt wird. Eines ist klar, alles wird man nie verhindern können, Terror wird es immer geben und wir uns danach fragen, was hätte man dagegen machen können.

Die 5 wichtigsten Punkte der NEIN-Allianz (inkl. SPS). Das neue Nachrichtendienstgesetz ist unverhältnismässig, irreführend, gefährlich, unvereinbar und gar nicht nötig. Wir wollen weiterhin die Unschuldsvermutung und nicht die Schuldvermutung. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Antrag der GL die NEIN-Parole zu fassen. Vielen Dank (Applaus)

Diskussion:

Roberto Zanetti: es geht in meinem Votum auch um die politische Redlichkeit und Transparenz. Ich war involviert in der vorberatenden Ständeratskommission und hab gesehen welche Zusatzelemente man eingebaut hat. Am Schluss habe ich dem Gesetz zugestimmt. Die gfs hat eine Umfrage gemacht und festgestellt, dass ua. 61% der SP-WählerInnen dem Gesetz zustimmen. Und übrigens zur AHVplus-Initiative 68% der gleichen Wählerschaft. Also wäre ich mit meiner Meinung zum Nachrichtendienstgesetz nicht völlig daneben.

Urs Huber: meine Meinung ist gespalten und ich werde mich enthalten. Immerhin hat die SP Schweiz die NEIN-Parole mit nur 160 : 62 Ja beschlossen also alles andere als eindeutig. Wichtig ist, dass man zu den eigenen Daten gut schaut und nicht alles überallhin hinauflädt.

Franziska Roth empfiehlt den Delegierten den Antrag der Geschäftsleitung für die «NEIN-Parole» anzunehmen.

Beschluss: die Delegierten beschliessen mit 61 : 20 Stimmen die NEIN-Parole, bei 19 Enthaltungen.

9. Varia

Franziska Roth:

- Jetzt Referendum gegen die USRIII unterschreiben!
- Jetzt Volksaufträge (3 x) unterschreiben!
- Jetzt Transparenzinitiative unterschreiben!
- Bitte Abstimmungsmaterial mitnehmen!
- Nächstes Aktuell aus Bern, 15. September in Bettlach
- Die SP an der HESO: Stand 508 in der Halle 5, vom 23. September bis 2. Oktober 2016 - wir suchen noch Standpersonal!
- Nächster Parteitag: 27. Oktober in Zuchwil

Markus Baumann:

Am 27. August findet das Solidaritätsfest für die AHVplus-Initiative auf dem Balmberg statt und bittet um Teilnahme.

Kantonaler Parteitag, 25. August 2016

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 17. Oktober 2016

